

Johannes Dürr, Rolf Freudenberg, Dr. Jörg Winter

**Antisemitismus und Meinungsfreiheit in
Deutschland**

Herausgeber:

Evang. Akademikerschaft in Deutschland e.V. (EAiD)

Johannes Dürr, Rolf Freudenberg, Dr. Jörg Winter

Antisemitismus und Meinungsfreiheit in Deutschland

**Ein Diskussionsbeitrag der
Evangelischen Akademikerschaft
in Deutschland e.V. (EAiD)**

Impressum:

Text und Umschlag: © 2023 Copyright by
Johannes Dürr, Rolf Freudenberg, Dr. Jörg Winter

Herausgeber:

Evangelische Akademikerschaft in Deutschland e.V.
(EAiD), im Lontel 31, 71254 Ditzingen.

Druck: epubli – ein Service der Neopubli GmbH,
Berlin

Inhaltsverzeichnis:

Seite:

1	1. Der Anlass für dieses Dokument
4	2. Zur Situation der Juden in Europa
	2.1. Antisemitismus in Europa
	2.2. Stimme aus dem Judentum
5	2.3. Die Mehrheit der Deutschen ist erschüttert über Antisemitismus
9	3. Was ist Antisemitismus?
	3.1. Problemanzeige und Zielrichtung
9	3.2. Antisemitismus – zur Entstehung des Begriffs
10	3.3. Antisemitismus als Phänomen
11	3.4. Formen des Antisemitismus
14	3.5. Linke „Israelkritik“ und befreiungstheologische Gesichtspunkte
16	3.6. Kriterien zur Feststellung von Antisemitismus im Zusammenhang mit Kritik an der Regierungspolitik in Israel
17	3.7. Versuche einer normativen Antisemitismus-Definition
21	3.8. Folgerungen für den Umgang mit Antisemitismus und Gedanken im Blick auf seine Überwindung
23	4. Kritik an der israelischen Politik gegenüber Palästinensern/innen
26	4.1. Die EAiD tritt für Meinungsfreiheit ein
29	4.2. Die EAiD setzt ihre Veranstaltungen zum Konfliktfeld Israel – Palästina fort
30	4.3. Jüdische Stimmen rufen zum Erhalt von Demokratie und Menschenwürde in Israel auf
36	4.4. BDS-Beschluss im Bundestag
38	4.5. Hintergründe zur Deklaration von „Israelkritik“ als Antisemitismus

41	5. Theologische Überlegungen: Israel – das auserwählte Volk Gottes
	5.1. Die Grundfrage
43	5.2. Evangelische Standpunkte zur Bildung des Staates Israel von 1948 bis Mitte der 1970er Jahre
46	5.3. Evangelische Standpunkte zur Bildung des Staates Israel seit Mitte der 1970er Jahre
48	5.4. Theologische Betrachtungen
77	6. Impulse und Erwartungen - Überlegungen zur Weiterarbeit
	6.1. Die EAiD steht gegen Antisemitismus ein
79	6.2. Die EAiD setzt sich ein für eine faire Diskussionskultur
80	6.3. Erwartungen an die Evangelische Kirche
82	Ergänzende Beiträge:
	1. EU-Umfrage zum Lebens- und Sicherheitsgefühl von Juden in Europa
87	2. Ein Blick nach Gaza
90	3. Zur Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts
100	4. Die Republik Haifa als Lösung für den Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern?
111	5. Liste zu Störungen und Verhinderungen von Veröffentlichungen und Veranstaltungen zur „Israelkritik“ mittels Antisemitismus-Vorwürfen
112	6. Verlautbarung der Evangelischen Akademikerschaft in Deutschland (EAiD) zum Konfliktfeld „Israelkritik und Antisemitismusvorwurf“
117	7. Reaktionen auf die Verlautbarung der EAiD
140	Abschließende Informationen

1. Der Anlass für dieses Dokument:

Nach Artikel 1 Abs. 2 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland bekennt sich das deutsche Volk zu unveräußerlichen und unverletzlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt. Damit ist der Maßstab benannt, der auch im Konflikt zwischen dem Staat Israel und den Palästinensern, die in der Westbank, im Gaza-Streifen und in Israel selbst leben, eingefordert werden muss. Nur wenn beide Seiten bereit sind, auf Maßnahmen zu verzichten, die das Völkerrecht und die Menschenrechte verletzen, kann es gelingen, auf Dauer in Frieden miteinander zu leben. Unbestritten ist, dass es in dieser Hinsicht erhebliche Defizite gibt, die sowohl der Staat Israel als auch die Führung der Palästinenser zu verantworten haben. Nicht zu übersehen ist auch die Bedrohungslage für den Staat Israel und seine Bevölkerung, die durch die ideologische und militärische Unterstützung der militanten Kräfte unter den Palästinensern durch den iranischen Staat entstehen. Selbstverständlich darf sich Israel gegen Selbstmordattentate und Raketenangriffe von palästinensischem Gebiet verteidigen.

In Deutschland besteht im Blick auf die Gräueltaten gegenüber den Juden während der Zeit des Nationalsozialismus eine verständliche Scheu, Kritik an der Politik des Staates Israel zu üben, in der Befürchtung, das könne als Relativierung der historischen Schuld und als erneute Beförderung antisemitischer Tendenzen verstanden werden. Diese Besorgnis ist ernst zu nehmen. Sie darf aber nicht dazu führen, das Leiden der palästinensischen Bevölkerung unter den Repressalien, die die politische Führung in Israel zu verantworten hat, auszublenden. Insofern beobachtet die Evangelische Akademikerschaft ein Un-

gleichgewicht, indem unter dem undifferenzierten Vorwurf des Antisemitismus eine kritische Auseinandersetzung mit der Politik des Staates Israel – insbesondere durch die Verweigerung zur Nutzung öffentlicher Räume – behindert oder unterbunden wird. Es gibt hinreichende Beweise dafür, dass solche Maßnahmen vom Staat Israel gezielt gesteuert werden. Das Ungleichgewicht besteht darin, dass eine ähnliche Einflussnahme auf die Diskussion durch die palästinensische Führung oder die arabischen Staaten nicht besteht. Jedenfalls entfaltet sie nicht die gleiche Wirkung. Das führt zu Verzerrungen, die einer konstruktiven Auseinandersetzung über die historischen Ursachen, deren heutige Bewertung und möglichen Lösungswegen im Wege stehen.

Nach eingehender Beschäftigung mit diesen Vorgängen, von denen die EAiD selbst zum Teil betroffen war, ist die EAiD zu der Überzeugung gelangt, dass die Freiheit der Meinungsbildung zu diesem Konfliktfeld in einem Maße gefährdet ist, das der Sache nicht dienlich ist und eher dazu beiträgt, den offenen oder latenten Antisemitismus in Deutschland zu befördern. Zur Versachlichung der Diskussion erscheint es unbedingt notwendig, sich darüber zu verständigen, wie der Begriff des „Antisemitismus“ so beschreiben werden kann, dass er nicht als Waffe zur Diskriminierung und Unterdrückung bestimmter Positionen missbraucht werden kann. Im Streit steht dabei vor allem der sog. „israelbezogene Antisemitismus“. Es ist nicht zu leugnen, dass eine Kritik am politischen Kurs des Staates Israel von antisemitischen Motiven getragen sein kann. Es bedarf aber einer Differenzierung, die es erlaubt, sich jenseits der Frage nach dem Existenzrecht des Staates Israel und der Problematik der Boykottaufrufe des BDS, kritisch mit dem Staat Israel auseinanderzusetzen. Ohne Zweifel war es für die Juden nach den Erfah-

rungen ihrer systematischen Verfolgung in Europa – insbesondere in Deutschland und den von ihm im Zweiten Weltkrieg besetzten Gebieten – von existentieller Bedeutung, einen Staat zu gründen, in dem sie ein freies und geschütztes Leben führen können. Mit dieser Zielsetzung steht seine Existenz bis heute in seiner politischen Legitimität für die EAiD außer Frage. Ob die Existenz dieses Staates in seiner konkreten Gestalt darüber hinaus aber als Ausdruck der Wirkmächtigkeit Gottes in der Geschichte und daraus abgeleitete Ansprüche auf bestimmte Gebiete biblisch legitimiert werden können, bedarf der kritischen theologischen Analyse.

Die EAiD ist davon überzeugt, dass ein friedliches Zusammenleben von Juden und Palästinensern unabhängig davon, in welcher politischen Gestalt dies realisiert werden kann, die wechselseitige vorbehaltlose Anerkennung der traumatisierenden Erfahrungen durch den Holocaust auf jüdischer Seite und der Nakba auf palästinensischer Seite voraussetzt. Wenn es aufgrund seiner historischen Verstrickung in die Vorgeschichte der Gründung des Staates Israels zur „Staatsräson“ Deutschlands gehört, für dessen Existenzrecht einzustehen, dürfen die legitimen politischen Interessen der Palästinenser und ihre Leidensgeschichte nicht ausgeblendet werden. Es geht darum, dafür in Deutschland das Bewusstsein zu schärfen und eine Diskussionskultur zu pflegen, die ohne die Verdächtigung auskommt, damit den Antisemitismus zu fördern. Der nachfolgende Text will dazu einen Beitrag leisten.

3.8. Folgerungen für den Umgang mit Antisemitismus und Gedanken im Blick auf seine Überwindung:

„Vor dem Antisemitismus ist man nur noch auf dem Monde sicher“ – so schrieb 1941 Hannah Arendt mit kritischem Blick auf die Pläne für einen jüdischen Staat in Palästina als Schutzraum. Auch heutzutage müssen jüdische Einrichtungen geschützt werden, und die Zahl antisemitischer Anschläge und Aktionen hat vor allem durch das Erstarren der rechtsextremen Szene deutlich zugenommen. Wie kommt es dazu?

Nach Hannah Arendt ist die Vorstellung von einem ewigen natürlichen Antisemitismus zu hinterfragen. Antisemitismus und Rassismus sind für sie vielmehr eine Dimension des Imperialismus mit seinem Versuch, die Menschheit in Herren- und Sklavenrassen aufzuteilen.

Auch das Erstarren des Antisemitismus heute kann im zeitgeschichtlichen politischen Zusammenhang gesehen werden. Autoritäre Herrschaft ist wieder im Kommen. Herausforderungen wie Klimakrise, Digitalisierung und Gerechtigkeitsdefizite verunsichern die Menschen und führen zu antidemokratischen, irrationalen und intoleranten Entwicklungen. Rechtspopulismus und Rechtsextremismus mit ihren Parolen gewinnen an Einfluss. So gilt es heute, die Motivationslage in dieser Szene zu erkennen: Eine unheilvolle Mischung einer Feindschaft gegen Überfremdung, Einwanderung, Muslime, Freiheitsrechte von Frauen und sexuelle Orientierung von Minderheiten, für welche dann das Judentum verantwortlich gemacht wird.

Dem ist gegenüberzustellen die Abwehr und Überwindung jeder Form der Diskriminierung, des Rassismus und der Exklusion

von gesellschaftlichen Gruppen. Dahinter steht, dass alles „andere“ und Andersartige als Bedrohung der eigenen Identität empfunden wird. Dies hat die französische liberale Rabbinerin Delphine Horvilleur mit ihrem Essay „Überlegungen zur Frage des Antisemitismus“ in neuer vertiefter Weise beschrieben. Sie versteht Antisemitismus als Ausdruck des Schmerzes an der fundamentalen Nicht-Einheit und auch Zerbrechlichkeit, die wir als Menschen erleben. Diese zeigt sich schon bei Abraham, der aus seiner Heimat auszieht und damit die Welt seiner Herkunft überschreitet. So ist er nicht identisch mit seiner ursprünglichen Herkunft, sondern es kann sich Neues und Anderes konstituieren - in Entsprechung zu jenem Gott, dessen Namen besagt „Ich werde sein, der ich sein werde.“

Es geht also um die Frage, was Identität ist. Die Erfahrung jüdische Identität ist verbunden mit Differenz – dies bekämpft der Antisemitismus. Er ist besessen vom Gedanken der Authentizität und der Zugehörigkeit zu Bezugsgruppen wie auch zu Nationen. So konstatiert Horvilleur: „Der Antisemit ist meist jemand, der von der Idee der Integrität besessen ist, dem hermetischen Charakter seiner Welt, seines Denkens, seines Territoriums, seines Glaubens. Und alles, was in seinen Augen eine Öffnung bedeutet, egal ob das Weibliche oder der Jude, sieht er als eine Gefahr.“

Fazit: Nicht hier sind wir als die Richtigen und dort die andern, die abzulehnen sind. Sondern es geht um ein Miteinander der Verschiedenen, ohne dass deren Identität aufgehoben wäre.

Angewandt auf den Nahostkonflikt: Der palästinensische emeritierte Bischof Munib A. Younan, bis 2017 Präsident des Lutherischen Weltbundes, schrieb einmal im Blick auf das Verhältnis

von Juden und Christen: „Miteinander stellen wir uns der Welt und suchen gemeinsame Werte der Gerechtigkeit, Nächstenliebe, Vergebung und Versöhnung. In einer Welt des Extremismus und der Gewalt arbeiten wir hin auf Gewaltlosigkeit und Mäßigung, indem wir einen prophetischen Dialog für das Leben zu unserer Existenzform machen.“ Und an anderer Stelle: „Nur wenn wir den Schmerz des andern verstehen (sprich die Palästinenser das tiefe Trauma des Holocaust und die Israelis den Schmerz der Nakba und der andauernden Okkupation), werden wir unser gemeinsames Menschsein wirklich akzeptieren können.“

Und so sollte sich die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus darauf konzentrieren, dass jeder Hass und alle Vorurteile gegen andere überwunden werden im Sinn eines versöhnten Miteinanders der Verschiedenen, sei es zwischen Juden und Palästinensern wie auch weltweit im Miteinander der Völker, der Religionen und Kulturen.

4. Kritik an der israelischen Politik gegenüber Palästinensern/innen:

Aus Sicht der EAiD bietet der Staat Israel für jüdische Menschen aus der ganzen Welt, auch aus Deutschland, eine neue Heimat, in der für sie alle bürgerlichen und religiösen Rechte sichergestellt sind. Die Sorgen der Menschen in Israel um die Existenz ihres Staates durch Bedrohungen aus benachbarten Staaten sind sehr ernst zu nehmen – deshalb ist das Eintreten für eine friedliche Koexistenz und ein tragfähiges Miteinander von politisch, sozial, wirtschaftlich und religiös unterschiedlich geprägten Staaten, Völkern und Personen von großer Bedeutung.

Für die EAI_D sind Benachteiligungen der palästinensischen Bevölkerung in Israel, besonders in den besetzten Gebieten, allerdings unübersehbar. Zur Enteignung von Land, Zerstörung von Häusern, Eingrenzung der Bewegungsfreiheit, Unterbindung friedlicher politischer Aktivitäten, Behinderung im Wirtschafts- und Sozialleben und bei der staatlichen Rechtsstruktur sind in den letzten Jahrzehnten zahlreiche öffentlich zugängliche Berichte erschienen. Beispielsweise informiert Prof. Dr. Abed Schokry in seinen regelmäßig erscheinenden Rundbriefen über aktuelle Lebensbedingungen von Palästinensern in Gaza – siehe Zusammenstellung einiger Aspekte in den „**Ergänzenden Beiträgen**“ (zweiter ergänzender Beitrag). Im Internet ist ein Video über einen Vortrag Abed Schokrys in Österreich am 18.07.2019 abrufbar.⁴

Die EAI_D verurteilt jede Anwendung von Gewalt auf palästinensischer wie auf israelischer Seite zur Durchsetzung von vermeintlichen Rechten oder als Reaktion auf vorangegangene Gewaltanwendungen der jeweils anderen Seite. Sie ruft auf zur friedlichen Koexistenz und Einhaltung der bürgerrechtlichen Standards auf der Grundlage von internationalem Recht, besonders der Menschenrechtserklärung der UNO.

Es ist ihr bewusst, dass die Frage nach der historischen Verantwortlichkeit für den israelisch-palästinensischen Konflikt eine wichtige Rolle für die Beurteilung der politischen Beziehungen zwischen Israelis und Palästinensern spielt. Da diese Frage je nach Standpunkt sehr unterschiedlich beantwortet wird, wird hier nicht näher auf historische Analysen eingegangen und auf aktuelle Darstellungen verwiesen, wie z.B. auf den Vortrag des

⁴ YouTube aufrufen und Stichwort: Abed Schokry eingeben

Greifswalder Bischofs Dr. Hans-Jürgen Abromeit vom 01.08.2019 „Zwei Völker – ein Land. Eine biblische Vision für Frieden zwischen Israel und Palästina“⁵, den Vortrag von Prof. Ulrich Duchrow am 23.08.2019 „Befreiung von Besatzung auch Befreiung für Israel: Wie wir als Deutsche Israelis und Palästinensern gerecht werden können – Ein Plädoyer für mehr Ehrlichkeit im Dialog“⁶ (siehe auch: „**Ergänzende Beiträge**“ Teil 3), das Buch von Carlo Strenger „Israel. Einführung in ein schwieriges Land“ oder das Buch von Omri Boehm „Israel – eine Utopie“ (vgl. Buchbesprechung von Rolf Freudenberg, abgedruckt in den „**Ergänzenden Beiträgen**“ und als YouTube-Video vom 24.08.2020⁷.)

Die EAiD stellt in Zweifel, dass die insbesondere durch den damaligen US-Amerikanischen Präsidenten Donald Trump eröffnete Legalisierung einer Annexion besetzter palästinensischer Gebiete, vor allem im Westjordanland, eine Lösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt darstellt. Es wird dazu verweisen auf die Positionierung von Omri Boehm, der in seinem Buch „Israel – eine Utopie“ eine Vertreibung der Palästinenser aus dieser Region oder die Entwicklung von Strukturen eines Apartheid-Systems befürchtet, die früheren südafrikanischen und

⁵ https://www.foerderverein-bethlehem.de/fileadmin/user_upload/News_-_Meldungen/2019_Vortrag_Bischof_Dr_Abromeit_Bad_Blankenburg_Frieden.pdf (geprüft 03.05.2022)

⁶ <https://www.ev-akademiker.de/wp-content/uploads/Vortrag-Prof.-Duchrow-23.08.2019.pdf> (geprüft 03.05.2022)

⁷ <https://www.ev-akademiker.de/die-republik-haifa-als-loesung-fuer-den-konflikt-zwischen-israelis-und-palaestinensern/> (geprüft 03.05.2022)

gegenwärtigen Politik in Israel gefolgert werden müssen. Der Weg in einen Apartheidstaat oder zu einer völligen Vertreibung der Palästinenser mit ethnischen Säuberungen kann noch umgelenkt werden. Vor diesem Hintergrund ist die Vision, die Utopie von der Republik Haifa eines Omri Boehm im Grunde alternativlos.

(Vortrag von Pfarrer i.R. Rolf Freudenberg bei der Mitgliederversammlung des Landesverbands Pfalz – Saar in der Evangelischen Akademikerschaft in Deutschland (EAI_D) vom 24.08.2020 in Ludwigshafen)

5. Liste zu Störungen und Verhinderungen von Veröffentlichungen und Veranstaltungen zur „Israelkritik“ mittels Antisemitismus-Vorwürfen:

Behinderungen und Verbote von israelkritischen Veranstaltungen in Deutschland stellen keine Einzelfälle dar. Das „Palästina-Portal“ hat eine Liste von Interventionen aufgestellt, die im Internet³⁵ zu finden ist. Die Fälle sind rekonstruierbar durch Links, die zu entsprechenden Informationsquellen führen.

Die EAI_D vertritt die Hoffnung, dass diese Liste möglichst bald nicht mehr fortgeschrieben werden muss. In diesem Sinne ist auch die Verlautbarung einzuordnen, die zum Thema „Israelkritik und Antisemitismusvorwürfe“ von der Delegiertenversammlung der Evangelischen Akademikerschaft in Deutschland als höchstes beschlussfassendes Organ am 10.07.2021 beschlossen worden ist.

³⁵ <https://www.palaestina-portal.eu/Anlagen/AT.pdf> (geprüft 03.05.2022)

Der Text der Verlautbarung ist nachfolgend wiedergegeben. Die Verlautbarung ist auf der Grundlage der ausführlicheren Betrachtung auf den vorangegangenen Seiten entstanden.

6. Verlautbarung der Evangelischen Akademikerschaft in Deutschland (EAiD) zum Konfliktfeld „Israelkritik und Antisemitismusvorwurf“

Vorbemerkung:

In den letzten Jahren haben die Behinderungen von öffentlichen Veranstaltungen, Stellungnahmen und Diskussionen stark zugenommen, die sich mit der Kritik an Menschenrechtsverletzungen gegenüber Palästinensern/innen auf der Grundlage von israelischer Politik befassen. Auch Veranstaltungen im Rahmen der EAiD waren davon betroffen. Vor diesem Hintergrund hat eine Arbeitsgruppe der EAiD unter Leitung von Rolf Freudenberg die nachfolgende Stellungnahme erarbeitet. Diese wurde bei der Delegiertenversammlung als beschlussfassendes Organ der EAiD am 10.07.2021 mit großer Mehrheit als ihre Verlautbarung beschlossen. Mit ihr spricht sich die EAiD gegen derartige Einschränkungen und Verbote durch staatliche, kommunale oder kirchliche Institutionen aus. Die Einordnung einer kritischen Auseinandersetzung mit der Politik des Staates Israel gegenüber den Palästinensern als per se antisemitisch wird der Sache nicht gerecht und ist nicht vereinbar mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung, wie es im Grundgesetz garantiert ist.

Verlautbarung der Evangelischen Akademikerschaft in Deutschland (EAI D) zum Konfliktfeld „Israelkritik und Antisemitismusvorwurf“

1. Das Verhältnis zwischen dem Staat Israel und den Palästinensern ist seit Jahrzehnten geprägt von gewaltsamen Konflikten, die zu zahlreichen Toten und unermesslichem Leid der Bevölkerung auf beiden Seiten geführt haben. Die neuerliche Eskalation hat auch in Deutschland wieder zu Diskussionen geführt, wie eine legitime Kritik an der Mitverantwortung Israels an dieser Situation geäußert werden kann. Vortrags- und Informationsveranstaltungen stehen häufig unter dem Generalverdacht der Beförderung des Antisemitismus, wenn dort die völkerrechtswidrige Besetzung palästinensischer Gebiete durch Israel und eine Verletzung der Menschenrechte gegenüber der palästinensischen Bevölkerung im Gaza-Streifen, in der Westbank, aber auch ihrer Benachteiligung in Israel selbst thematisiert werden. Sie sind deshalb von staatlichen und kirchlichen Institutionen in der Vergangenheit immer wieder durch die Verweigerung von Räumen oder andere Maßnahmen behindert oder ganz verboten worden. Auch Veranstaltungen der EAI D waren davon betroffen. Es besteht daher Anlass zu einer grundsätzlichen Stellungnahme der Delegiertenkonferenz zum Antisemitismus im Zusammenhang mit einer kritischen Auseinandersetzung mit der historischen Rolle und dem aktuellen politischen Verhalten des Staates Israel im Nahost-Konflikt. Dabei kann es nicht darum gehen, die kritikwürdigen Anteile der palästinensischen Führung auszublenden. Bei ihnen gibt es jedoch keine vergleichbaren Sanktionen im politischen Diskurs.

2. Es steht außer Frage, dass auf dem Hintergrund des Unrechts und des Schreckens der Judenverfolgung in der NS-Zeit kritische Äußerungen zur israelischen Politik aus Deutschland

eine besonders sensible Angelegenheit darstellen. Wir sehen es als eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe an, der Verharmlosung und Leugnung dieser dunklen Seite unserer Geschichte sowie antisemitischen Haltungen und Aktivitäten jeglicher Art entschieden entgegenzutreten. Auch das Existenzrecht des Staates Israel und sein Recht zu einer Selbstverteidigung mit angemessenen Mitteln gegenüber militärischen oder terroristischen Angriffen stehen für uns außer Frage.

3. Wir sind zugleich davon überzeugt, dass eine Lösung des Konflikts zwischen dem Staat Israel, den Palästinensern und den arabischen Staaten nur auf der Basis der Einhaltung des Völkerrechts, der Achtung der Menschenrechte durch alle Beteiligten und eines gerechten Ausgleichs der jeweiligen Interessen auf gleichberechtigter Ebene erfolgreich sein kann. Das ist aber nur möglich, wenn auch Maßnahmen des Staates Israel gegenüber den Palästinensern, die dem Völkerecht und den Menschenrechten widersprechen, als solche benannt und öffentlich ungehindert diskutiert werden können. Zu denken ist hier vor allem an die völkerrechtswidrige Besiedelung palästinensischer Gebiete, die Enteignung oder Zerstörung palästinensischen Besitzes, die Einschränkung der Freizügigkeit und die Benachteiligung im Wirtschafts- und Sozialleben und im Rechtswesen.

4. In Deutschland ergibt sich das nicht zuletzt aus der Garantie der Meinungsfreiheit aus Art. 5 des Grundgesetzes. Das bedeutet nicht, dass der Meinungsfreiheit keine Grenzen gesetzt sind. Die Grenze wird dort überschritten, wo antisemitische Äußerungen und Handlungen dazu beitragen, die Juden in ihrer Gesamtheit als Gattungsbegriff oder in ihrer persönlichen Ehre und Menschenwürde durch Zuschreibung negativer Eigenschaften zu diskriminieren. Das genießt nicht den Schutz von Artikel 5

GG. Eine auf die Sache bezogene Kritik an der Politik des Staates Israel gegenüber den Palästinensern und die Einforderung, auch ihnen gegenüber das Völkerrecht und die Menschenrechte nicht zu missachten, ist aber durch die Meinungsfreiheit gedeckt. Der darüber notwendige gesellschaftliche Diskurs darf durch eine einseitige Rücksichtnahme auf die politischen Interessen des Staates Israel nicht mit Denk- und Redeverböten behindert oder sogar ganz unterbunden werden.

5. Im Blick auf den Beschluss des Deutschen Bundestages vom 17.05.2019 und die Stellungnahme der EKD vom 29.02.2020 zur BDS-Bewegung (Boycott, Divestment and Sanctions) beteiligen wir uns nicht an Aufrufen zu allgemeinen Boykott- und Sanktionsmaßnahmen gegen Israel. Wir betrachten allerdings die BDS-Bewegung nicht als per se antisemitisch und sehen in der Kennzeichnung von Waren aus den besetzten Gebieten im Einklang mit der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes ein zulässiges und wirksames Instrument für gewaltfreien Widerstand gegen die völkerrechtswidrige israelische Siedlungspolitik.

6. Die Bundesrepublik Deutschland hat in Art. 1 des Grundgesetzes nicht nur die Unverletzlichkeit der Menschenwürde postuliert, sondern das deutsche Volk bekennt sich in Art. 1 Abs. 2 auch zu „unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“. Gerade auf dem Hintergrund seiner historischen Schuld gegenüber den Juden trägt Deutschland eine besondere Verantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte, wo auch immer sie gefährdet sind. Die Anmahnung an die deutsche Politik, diese auch gegenüber dem Staat Israel wahrzunehmen, ist deshalb kein Ausdruck von Anti-

semitismus, sondern die Einforderung einer verfassungsrechtlichen Verpflichtung.

7. Die EAiD setzt sich deshalb dafür ein, dass in der öffentlichen Diskussion in Deutschland zum Konfliktfeld Israel – Palästina auch die Verpflichtung Israels zur Einhaltung des Völkerrechts und der Menschenrechte gegenüber Palästinensern zu thematisieren ist. Wir sind davon überzeugt, dass gerade der offene Umgang mit dieser Thematik ein wirksames Mittel darstellt, antisemitische Vorurteile zu bekämpfen. Die Delegiertenkonferenz begrüßt es, dass der Arbeitskreis Israel-Palästina es sich zur Aufgabe gemacht hat, mit einer längeren Ausarbeitung zu den Ursachen und Erscheinungsformen des Antisemitismus und zur Beurteilung des Nahost Konflikts einen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion zu leisten.

Elke Münster
Vorsitzende der EAiD

Dr. Jörg Winter
Vorsitzender der EAiD

7. Reaktionen auf die Verlautbarung der EAiD:

Nach dem Beschluss der Delegiertenversammlung der EAiD zu Veröffentlichung der Verlautbarung wurde dieses Dokument im Februar 2022 an rund 200 verschiedene Personen, Organisation und Institutionen versandt, die sich auf Grund ihres eigenen Selbstverständnisses (unter anderem) auch mit der Thematik Israel-Palästinenser bzw. „Israelkritik“, Antisemitismus, Meinungsfreiheit befassen. Die Empfänger/innen wurden gebeten, eine Rückmeldung zu Inhalt und Text der Verlautbarung zu formulieren, z.B. auch mittels der Kommentarfunktion auf unserer Web-site

Beispielsweise wurden angeschrieben: Rat und Synode sowie einzelne Referate der EKD, die evangelischen Landeskirchen, internationale kirchliche Institutionen (z.B. ÖRK), evangelische Akademien, Arbeitskreise für jüdisch-christlichen Dialog, Zentralrat der Juden, evangelische Bildungseinrichtungen, Predigerseminare, Evangelische Pressedienste, diverse Institutionen bzw. Vereine etc. mit Israel-Palästina-Thematik, evangelische Pressedienste, Geschäftsstellen der Parteien im Bundestag etc.

Mit 24 Rückmeldungen weist die Verlautbarung eine gute Resonanz auf. Die meisten Rückmeldungen befürworten die Zielsetzung der Verlautbarung.

Im Folgenden werden einige wesentliche Äußerungen aus den Rückmeldungen zitiert, teilweise anonymisiert aus Datenschutzgründen. Da die EAiD sich insbesondere mit kritischen Rückmeldungen zu Inhalt und Text der Verlautbarung auseinandersetzt, wird hier auch Kritik gegenüber der Verlautbarung veröffentlicht und die Rückantwort auf die Kritik zitiert (*in Kursivschrift geschrieben*), die seitens der EAiD formuliert wurde. Da manche kritischen Rückmeldungen sehr ausführlich geschrieben worden sind, konzentriert sich die nachfolgende Wiedergabe auf die